

foreign direct investment remains weak. He referred to the growing nationalistic mood among political decision-makers, which influenced the decision not to extend the IMF Standby agreement, and increased the pressure for more protectionist trade policies. He also noted rising corruption and increasing unpredictability for business despite paying bribes to officials and decision-makers.

The following session on challenges to business heard presentation from James Castle (business consultant) and S. Dhume (former FEER correspondent). James Castle questioned the link between corruption and low level of investment, saying that it was more the ambiguous attitude of the political elite regarding foreign investment than the level of corruption that kept foreign investors away. He also pointed out that while large-scale foreign investment was rare, there was a lot of small-scale investment of foreign companies working with local partners. He was also more optimistic of the impact decentralisation will have for small and medium-sized companies, noting that many regions are striving to improve the business climate. S. Dhume saw a continuing dominance of the Indonesian-Chinese business community and its clientelistic relationship with the political elite. However, democratisation and a stronger Islamic movement could force politicians to focus more on policies benefiting the non-Chinese business community.

The remaining 11 presentations covered a wide range of issues, including banking reform (Felia Salim), corruption (Merly M. Khouw), corporate governance (Ahmad Habir), privatisation (Tony Prasetyantono) and the current condition of the labour unions in Indonesia (Michele Ford). As usual, the proceedings of the conference will be published in early 2004.

Rainer Rohdewohld

Global Sozial? Strategien sozialer Sicherheit in Asien und Deutschland

Brühl, 08.-10. Oktober 2003

Die Globalisierung stellt soziale Sicherungssysteme und Armutsvorsorge sowohl in den asiatischen Entwicklungsländern als auch in den klassischen europäischen Wohlfahrtsstaaten vor neue Herausforderungen. In Europa werden die Modelle des "Wohlstands für alle" kritisch überprüft; in Asien steht man vor der Frage, wie die sozialen Folgen einer stärker auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu bewältigen sind. Auf dem diesjährigen Kongress der Asienstiftung e.V., der vom 8. bis 10. Oktober in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Brühl stattfand, sollten Antworten auf die Fragen gefunden werden, welche konzeptionellen Anpassungen in Deutschland vorgenommen und welche Systeme für Asien entwickelt werden müssen. In diesem Zusammenhang wollte man besonders einen Blick darauf werfen, welche Lösungsansätze internationale Organisationen, Regierungen und soziale Bewegungen (NROs) favorisieren. Zu diesem Zweck hatten die Veranstalter zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus asiatischen Ländern eingeladen. Sie arbeiteten und diskutierten mit deutschen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, um Gemeinsamkeiten und Differenzen in der gesellschaftlichen und sozialen Debatte in Deutschland und ihren Heimatländern zu untersuchen. Ei-

nen besonderen Stellenwert nahm auf der Tagung die Debatte um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Trinkwasserversorgung und Gesundheitswesen ein.

Der Kongress begann am Mittwoch, dem 8.10. um 14 Uhr mit der Begrüßung der Gäste durch den Geschäftsführer des Asienhauses, Klaus Fritsche und Christoph Müller-Hofstede von der Bundeszentrale für politische Bildung. Letzterer stellte die Veranstaltung in einer kleinen Ansprache zum Auftakt in den größeren Kontext der Arbeit der bpb und betonte, die Aufgabe der politischen Bildung bedeute heute vor allem, die unter dem Begriff "Globalisierung" zusammengefassten Entwicklungen und die daraus resultierenden Probleme den Menschen begreifbar zu machen und fruchtbare Diskussionen zu ermöglichen.

Im Anschluss hielt Michael von Hauff von der Universität Kaiserslautern die Keynote Speech. Unter dem Titel "Soziale Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung: Optionen für soziale Bewegungen in Europa und Asien" näherte er sich der Problematik aus ökonomischer Perspektive und beschrieb die zentralen Entwicklungen wie die allgemeine Zunahme grenzüberschreitender Transaktion, vor allem bei Finanzen und Direktinvestitionen, weniger beim Gütertransfer, darüber hinaus aber auch ein immer stärker werdendes Marktparadigma im Denken der Menschen, neben der Wirtschaft auch in Politik und Gesellschaft. Die Folgen für die Volkswirtschaften seien mehr Wettbewerb, Beschleunigung des Strukturwandels, Spezialisierung und Konzentration. Globalisierung habe negative Auswirkungen auf Beschäftigung, belaste die Umwelt wegen der Zunahme des Verkehrs und fördere die Entstehung von Oligopolen, sei aber auch gut für Modernisierung und Transparenz. Es gehe nun darum zu klären, wie man die negativen Auswirkungen von Globalisierung auf die soziale Marktwirtschaft kontrollieren könne und dachte eine "internationale sozial- und Umweltarchitektur" an.

Das am Nachmittag anschließende erste Panel versuchte eine Bestandsaufnahme der sozialen Lage in Deutschland, China, Indien und den Philippinen mitsamt den jeweiligen Auswirkungen der Globalisierung. Klaus Heidel von "Social Watch Deutschland" sprach zu Deutschland und zur Entwicklung weltweit und wies dabei auf die Defizite der Argumentation der wichtigsten Globalisierungsbefürworter hin. Globalisierung sei keine völlig neue Entwicklung und finde heute vor allem zwischen Industrienationen statt. Auch sei Deutschland noch lange kein armes Land. Dorothy Guerrero, Mitarbeiterin des Asienhauses, betonte, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Staaten des Südens am Globalisierungsprozess seien aufgrund ihrer Schwäche darauf begrenzt, zwischen den Liberalisierungsforderungen der dominierenden Akteure (Industriestaaten, WTO) und den eigenen Wachstumsinteressen einen gangbaren Weg zu suchen. Vinita Singh, ehemals "International Resources for Fairer Trade" (IRTF, Bombay) sprach über ermutigende wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Indien, doch die Probleme blieben groß. Wen Tiejun von der "China Society of Economic Reform"(Peking) berichtete, wie die VR China trotz ihrer Wirtschaftsmacht durch das enorme Überangebot an Arbeitskräften und strukturellen Problemen einer immer extremeren sozialen Schieflage ausgesetzt wird. Die bisherigen westlichen Sozialmodelle seien kaum verwendbar für China.

Gegen Abend ging es um die Situation der Frauen in Asien und Europa. Die Referentinnen Vinita Singh, Ilse Lenz (Universität Bochum) und die Moderatorin Claudia Derichs (Universität Duisburg) stellten fest, dass die Entwicklung ihrer Lage im heutigen Asien von "Ungleichzeitigkeit" geprägt ist: Einerseits geraten sie als typische Niedriglohngruppe durch wirtschaftliche Globalisierung unter Druck, andererseits eröffnen sich für einige ganz neue Entfallungs- und Aufstiegschancen. Die traditionellen Frauenrollen bestehen noch fort, allerdings findet selbst in sehr traditionellen Gesellschaften wie Indien inzwischen eine "Entkapselung" der Frau aus ihrer häuslichen und familiären Umwelt statt. In Deutschland dagegen äußere sich der Druck auf Frauen am Arbeitsmarkt in immer weiter sinkenden Geburtenraten. Mit der Globalisierung habe sich auch ein internationaler Diskurs über Frauenrechte und Geschlechterrollen ergeben, was sich z.B. in der "Charta globaler Geschlechterdemokratie" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking niederschlug.

Am folgenden Morgen gab es unter dem Titel "Rückzug ins Private?" ein Streitgespräch über Vor- und Nachteile der Privatisierungsstrategie von öffentlichen Dienstleistungen. Niklas Reese, Mitarbeiter des Asienhauses, der das Panel moderierte, hielt einen kritischen Einführungsvortrag über die Triebkräfte und ideellen Hintergründe der Globalisierungswellen der letzten 20 Jahre und die Renaissance des klassischen Liberalismus seit den siebziger Jahren. Jens Martens von WEED leitete dann in die gegenwärtige Entwicklung über. Er erwähnte den ständig wachsenden Einfluss privater Akteure auch in Politik und internationalen Organisationen wie der "World Conference on Dams", ebenso die bislang unterschätzte Macht milliardenschwerer privater Stiftungen. Auch die staatliche Entwicklungshilfe würde mehr und mehr den Bedürfnissen der Privatwirtschaft angepasst und diene weniger den Armen, deren Bedürfnissen die ganze Entwicklung nicht Rechnung trage. Sein Fazit: Globalisierung brauche eine "Straßenverkehrsordnung", die auch die Mitbestimmung aller Betroffenen an der Gestaltung von Globalisierung sicherstelle. Marek Wallenfels von der GTZ entgegnete dem, die GTZ setze auf "Public Private Partnerships (PPP), da unumgänglich sei, privates Kapital und Know-How für die Verbesserung der öffentlichen Versorgung zu mobilisieren.

Am Nachmittag wurde die Debatte um "Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen am Beispiel Wasser" fortgesetzt, moderiert von Rolf Jordan. Im Inputreferat mit dem Titel "Wasser - Menschenrecht oder knappes ökonomisches Gut?" stellte der Journalist Uwe Hoering diese aktuelle Diskussion vor und zog als Fazit, sowohl ein Recht auf "Accessibility (Zugang)" als auch "Affordability (Bezahlbarkeit)" könne man aus dem UN-Recht zumindest indirekt ableiten. Die Leistungen der Privatwirtschaft müssten nach einem Jahrzehnt der Privatisierung als ungenügend bewertet werden (Beispiel Manila), und das trotz aller Beihilfen durch die öffentliche Hand. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde kontrovers debattiert. Sebastian W. Bauer, ehemaliger Mitarbeiter der Asiatischen Entwicklungsbank und Ulrich Zimmermann von "UTAG Ingenieure" verteidigten Privatisierung als zweckdienlich und verwiesen auf die enormen Herausforderungen angesichts des ständig steigenden Wasserverbrauchs in den betroffenen Ländern bei offensichtlicher Unfähigkeit der Verwaltungen. Allerdings seien Beteiligung aller Betroffenen sowie eine starke öffentliche Kontrolle unabdingbar.

Charles Santiago von "Monitoring Sustainability of Globalization (MSN)" in Kuala Lumpur beklagte Korruption und Verfechtung der Politik mit den Interessen der Privatwirtschaft, z.B. die Förderung der Privatisierungsbemühungen von SUEZ, Vivendi und Thames Water durch Frankreich und die EU. Außerdem merkte er an, in vielen Ländern habe die Belangung der Verbraucher mit "marktgerechten" Preisen für Wasser die Ärmsten vor unlösbare Probleme gestellt. Frank Kürschner-Pelkmann führte als Gegenbeispiel zur Argumentation, öffentliche Wasserversorgung sei ineffizient, die deutsche Versorgungswirtschaft an. Diese könne, obwohl in öffentlicher Hand, nicht nur hervorragende Qualitäts- und Umweltstandards vorweisen, sondern auch wirtschaftlich rentabel arbeiten. In dieser Diskussion zeigten sich sehr unterschiedliche Standpunkte, es ließ sich jedoch auch erkennen, dass sich die Positionen von Gegnern und Befürwortern von Privatisierung inzwischen ein wenig modifiziert und angenähert hatten.

Am Freitag wurde in einer Schlussdiskussion versucht, die Ergebnisse der Tagung zusammenzufassen. Es wurden dazu noch einige Beispiele vorgestellt, die zeigten, dass Globalisierung als Prozess differenziert betrachtet werden muss. Reiner Krätsch vom BMZ bemängelte die Abschottung der Agrarmärkte der Länder des Nordens - ein der Globalisierung zuwiderlaufendes Phänomen. Ebenso gegenläufig schien die Entwicklung des Sozialsystems in Südkorea zu sein, wo - wie Won-Sub Kim von der Universität Bielefeld zeigte - die Wohlfahrt nach der Asienkrise 1997 nicht zurückgefahren, sondern ausgebaut wurde. Ähnliches stellte Kaemthong Indaratna von der Chulalongkorn-Universität Bangkok für Thailand fest. Alfred Pfaller von der FES betonte, die Probleme der deutschen Sozialsysteme seien im wesentlichen hausgemacht (hohe Lohnnebenkosten, Geburtenrückgang) und nicht das Ergebnis direkter wirtschaftlicher Konkurrenz mit Entwicklungsländern.

Wenn auch viele Differenzen bestehen blieben, zogen die Tagungsteilnehmer doch das Fazit, Globalisierung könnte zur Verbesserung der Lebensumstände aller Menschen in Nord und Süd dienen, wenn gewährleistet sei, dass auch alle Betroffenen am Prozess der Gestaltung beteiligt seien. Zu den Gewinnern der Globalisierung gehörten in jedem Fall auch "Kommunikation" und "Transparenz".

Peter Schnabel